

**Übung: Demokratie in Lateinamerika**

Wintersemester: 2005/06

Seminarleiter: Dr. Peter Thiery

Seminararbeit

# Die Rechtfertigung der Demokratie und ihre Kriterien bei Robert A. Dahl

vorgelegt von:

**Benjamin Braun**  
Preysingplatz 6  
81667 München

Politische Wissenschaft (HF, M.A.)  
Volkswirtschaftslehre, Recht

3. Fachsemester

*Telefon:*  
089 28740543

*E-Mail:*  
benni.braun@gmx.net

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1. Zur Notwendigkeit einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Demokratie .....	2
2. Einordnung Dahls in das methodische Spektrum der Demokratietheorie.....	3
2.1. Rationale und empirische Demokratie.....	3
2.2. Demokratie, Polyarchie und Pluralismus.....	3
2.3. Zur Frage der Normativität bei Dahl .....	4
3. Die fünf Kriterien für eine Demokratie und ihre Begründung.....	5
3.1. Die Idee der Intrinsicchen Gleichheit .....	5
3.2. Das <i>Strong Principle of Equality</i> und seine Implikationen .....	7
3.3. Zur Notwendigkeit einer demokratischen Ordnung.....	10
3.4. Die fünf Kriterien für eine Demokratie.....	11
4. Kritische Aspekte der Demokratiekonzeption Dahls.....	13
4.1. Die mangelnde Berücksichtigung der Zweidimensionalität der Demokratie .....	13
4.2. Revisionismus und Normativität .....	16
5. Schlussbemerkung.....	17
Literaturverzeichnis .....	20

## Hinweis zur Zitation und zur Behandlung englischsprachiger Termini:

Englische Zitate wurden ohne Übersetzung übernommen. Im Text wurden englischsprachige Begriffe ins Deutsche übersetzt, soweit dies ohne Beeinträchtigung ihres Sinngehaltes möglich schien; andernfalls wurden sie in der Originalformulierung übernommen und durch Kursivdruck gekennzeichnet.

## 1. Zur Notwendigkeit einer theoretischen Auseinandersetzung mit der Demokratie

Die Idee der modernen, liberalen Demokratie ist in ihren Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen nur mit wenigen anderen Entwicklungen seit Beginn der Neuzeit vergleichbar. Berücksichtigt man den globalen Erfolg und den universalen Anspruch dieser Idee, so denkt man wahrscheinlich an die Aufklärung, die Entstehung der Nationalstaaten und an den Kapitalismus, die alle historisch in einer engen wechselseitigen Beziehung mit der Demokratie standen. Diese Beziehungen bestehen noch heute und werfen aufgrund ihrer zunehmenden Komplexität schwierige Fragen auf. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehen wir uns einer Vielzahl von Entwicklungen gegenüber, die eine eingehende Beschäftigung mit der Funktionsweise, den Funktionsvoraussetzungen und nicht zuletzt mit der Rechtfertigung der Demokratie mehr denn je erfordern. Exemplarisch genannt werden können gegenwärtig die Versuche Amerikas, autoritär regierte Gesellschaften durch militärische Befreiung zu demokratisieren, die Schwierigkeiten des Westens im Umgang mit der islamischen Welt, die Probleme des europäischen Integrationsprozesses oder auch die Diskussion über die Reformfähigkeit der deutschen Demokratie.

Jeder Ansatz zur demokratiethoretischen Auseinandersetzung mit diesen Problemen ist auf einer ganz basalen Ebene zunächst auf eine theoretisch fundierte Rechtfertigung der Demokratie angewiesen. Sowohl der amerikanische Anspruch auf die Universalität der demokratischen Idee als auch das unter der scheinbaren Ineffektivität seiner politischen Systeme leidende „alte Europa“ bedürfen einer solchen Rechtfertigung. Deshalb soll im Folgenden untersucht werden, auf welchen Annahmen die Theorie Robert A. Dahls basiert, der als einer der „greatest living scholars of contemporary democracy and democratic theory“ (FABBRINI 2003: 119) gilt, und zu welchen Kriterien für einen demokratischen Prozess diese Annahmen führen. Hierzu wird zunächst versucht, den Autor methodisch einzuordnen, um die Grundlagen für ein exaktes Verständnis der Argumentationsführung zu schaffen. Obwohl Dahl selbst wohl von sich sagen würde, nicht allzu viel Wert auf methodische Feinheiten zu legen, scheint es sinnvoll, sich diese vor einer Auseinandersetzung mit der eigentlichen Theorie bewusst zu machen. Anschließend wird die Argumentation, die Dahl zu seinen fünf Kriterien für eine Demokratie führt, nachvollzogen. Zentral für die gesamte Konzeption der Demokratie bei Dahl sind dabei zwei Annahmen: die Idee der Intrinsic Gleichheit und das *Strong Principle of Equality*. Zuletzt sollen zwei grundlegende Kritikpunkte an Dahls Theorie herausgestellt werden: Die größtenteils instrumentelle

Auffassung demokratischer Partizipation sowie die normative Problematik, die sich aus der Unterscheidung zwischen Polyarchie und Demokratie ergibt.

## **2. Einordnung Dahls in das methodische Spektrum der Demokratietheorie**

### **2.1. Rationale und empirische Demokratie**

Giovanni Sartori kennzeichnet in seinem Standardwerk „*Demokratietheorie*“ zwei grundlegend verschiedene Ansätze der Demokratie. Er unterscheidet zwischen Empirismus und Rationalismus, wobei letzterer definiert wird als „das Gegenteil des Empirismus, in Abgrenzung zu diesem“ (SARTORI 1992: 59). Die beiden Denkhaltungen lassen sich nach Sartori eindeutig zuordnen, der Rationalismus der französischen, der Empirismus der anglo-amerikanischen Demokratietradition. Diese idealtypische Unterscheidung erhält ihre Gültigkeit durch die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen der Demokratien: Während die französische Revolution einen bewussten Bruch mit der Vergangenheit und eine Neuorientierung an den abstrakten Grundsätzen ihrer Vordenker darstellte, entwickelten sich die Demokratien in England und Amerika in einem evolutionären Prozess (SARTORI 1992: 61). Auf die beiden grundlegendsten Möglichkeiten der Theoriebildung bezogen, bedeutet diese Klassifizierung, dass rationalistische Konzeptionen deduktiv, mit dem Ziel maximaler Konsistenz konstruiert werden, empirische hingegen induktiv, unter ausdrücklicher Berücksichtigung von Praktikabilitätsaspekten.

### **2.2. Demokratie, Polyarchie und Pluralismus**

Nach Fraenkel stellt Dahls Polyarchiekonzept einen Versuch dar, der kontinentaleuropäischen rationalistischen eine empirische Demokratietheorie entgegen zu stellen (FRAENKEL 1991: 102). Der Begriff der Polyarchie erfüllt bei Dahl vor allem die Funktion, die Doppeldeutigkeit, die sich aus unserem undifferenzierten Umgang mit dem Demokratiebegriff ergeben hat, zu beseitigen. Zum einen bezeichnet Demokratie demnach eine Idealvorstellung, die bisher von keinem System je erreicht wurde und wohl auch nie erreicht werden wird. Zum anderen gelten aber auch viele in der Realität vorkommende Systeme, die gewissen Kriterien genügen, als Demokratien. Um dieser Konfusion Herr zu werden, führt Dahl den Begriff der Polyarchie ein, der die real existierenden, unvollständig demokratisierten „Demokratien“ in Abgrenzung zu einer Idealvorstellung von Demokratie erfasst.

Dieser ist eng verbunden mit der Idee des Pluralismus, die wiederum mit der empirischen Grundorientierung Dahls in Zusammenhang steht. Während die Rationalisten Demokratie als die „Herrschaft eines einheitlichen Volkswillens“ (FRAENKEL 1991: 102) und damit im Rekurs auf Rousseau als die „Identität von Regierenden und Regierten“ (ebd.) begreifen, lehnen die Pluralisten die Gegenüberstellung eines geschlossenen Mehrheits- und eines Minderheitswillens als empirisch nicht haltbare Fiktion ab und gehen stattdessen von einer Vielzahl von Minderheitswillen aus (ebd. 103).

### **2.3. Zur Frage der Normativität bei Dahl**

Nach der Zuordnung Dahls zur empirischen-induktiven Richtung der Demokratietheorie stellt sich nun die Frage, wie sich dies auf die zweite Möglichkeit zur Unterscheidung von Theorien auswirkt. Liefert Dahl eine deskriptive oder eine präskriptive, also normative Konzeption der Demokratie? Die Antwort auf diese Frage ist nicht lediglich von abstrakter Bedeutung, sondern ist entscheidend für das Verständnis und den Zusammenhang von Polyarchie und Demokratie in Dahls Konzeption. Offensichtlich beinhaltet diese beide Komponenten, mit dem Begriff der Polyarchie eine deskriptive und mit dem Begriff der Demokratie eine normative. Dahl belässt es nicht bei dem Versuch, das Funktionieren der Demokratie zu verstehen, er „möchte sie außerdem fördern.“ (SARTORI 1992: 163). In diesem Punkt sind sich Sartori und Dahl einig: Sartori versteht nicht, „warum die normative Theorie die deskriptive ablehnen sollte. Inwiefern wären wir besser daran ohne eine Theorie der Demokratie, die ihr Funktionieren erklärt?“ (SARTORI 1992: 171). Dahl stellt sich in der Einleitung zu seinem Buch „*Democracy and its critics*“ die Frage, ob beides, „the normative and the empirical aspects of democracy [can] be combined in a single theoretical perspective?“, und gibt gleich selbst die Antwort: „As this book will show, I believe they can.“ (DAHL 1989: 6).

Dahls theoretischer und methodischer Ansatz lässt sich also zusammenfassen als ein empirischer (im Gegensatz zum rationalistischen), der dabei sowohl eine deskriptive (also empirische im Sinne von wirklichkeitsbeschreibende) als auch eine normative (also demokratiefördernde) Zielsetzung verfolgt. Die Frage, inwieweit Dahl letzterem Anspruch tatsächlich gerecht wird, ist Gegenstand des Abschnitts 4.2.

### 3. Die fünf Kriterien für eine Demokratie und ihre Begründung

Vor diesem Hintergrund soll nun zunächst nachvollzogen werden, wie DAHL seine fünf Kriterien für einen demokratischen Prozess begründet, anschließend werden diese genannt und kurz erläutert. Dabei stützt sich der vorliegende Text in erster Linie auf das Buch „*Democracy and its Critics*“ (DAHL 1989), in dem Dahl eine vollständige Theorie der Demokratie vorlegt, auch wenn die meisten hier geäußerten Gedanken bereits in früheren Schriften enthalten sind.<sup>1</sup>

#### 3.1. Die Idee der Intrinsischen Gleichheit

Nach DAHL ist es eine historische Tatsache, dass die Idee der Demokratie, sobald sie einmal von einer Gemeinschaft angenommen wurde, im Allgemeinen das „beste“ politische System für die Mitglieder dieser Gemeinschaft hervorbringt. Natürlich stellt sich dann die Frage, welche Anforderungen ein System erfüllen muss, um das „Beste“ zu sein. Jeder Versuch, eine solche Frage zu beantworten geht dabei zwangsläufig auf eine Annahme zurück, die von den meisten Denkern explizit oder implizit vorausgesetzt wird und die DAHL als die Idee der Intrinsischen Gleichheit bezeichnet (DAHL 1989: 84ff). Er beruft sich auf Locke, der wie auch Kant in seinem kategorischen Imperativ, das Gesetz formuliert hat, dass kein Subjekt dazu berechtigt ist, einen anderen als Mittel zu seinem Zweck zu gebrauchen. Im Bereich des Politischen bedeutet dies nach Locke: „no one can be ... subjected to the Political Power of another without his own *Consent*“ (zit. nach Dahl 1989: 85, Kursivdruck im Original). Das heißt, dass in einem kollektiven Entscheidungsprozess die Interessen *aller* von dieser Entscheidung Betroffenen bekannt gemacht und interpretiert werden, da nur so die zentrale Forderung der Idee der Intrinsischen Gleichheit erfüllt werden kann: die gleiche Berücksichtigung aller Interessen aller Mitglieder des Demos (ebd. 86).

Aufgrund der Erfolglosigkeit bisheriger Versuche, die Idee der Intrinsischen Gleichheit systematisch zu begründen, plädiert DAHL für eine intuitivere Rechtfertigung: Die Idee erhalte dadurch ihre universelle Gültigkeit, dass jede denkbare Alternative unannehmbar scheine. Denn obwohl das Zurückweisen des Gleichheitsprinzips widerspruchsfrei möglich ist, impliziert es die Annahme einer ebenfalls intrinsischen Privilegiertheit bestimmter In-

---

<sup>1</sup> Dem Entwurf eines demokratischen Prozesses geht die Kritik des Anarchismus und vor allem eines Wächterstaates – im Sinne der zuerst von Platon formulierten Herrschaft der Kompetentesten – voran, die jedoch hier nicht behandelt wird. Da ein Vergleich zwischen diesen Idealentwürfen und realen demokratischen Systemen kaum valide Aussagen zulässt, bedarf es zunächst der Konzeption eines vollständig demokratischen Prozesses, um Urteile über die Über- oder Unterlegenheit der Demokratie zu ermöglichen (DAHL 1989: 84).

dividuen über andere, die nicht einmal auf sozialen oder sonstigen Verdiensten basieren muss (ebd. 86).

Für sich stehend weist die Idee der Intrinsischen Gleichheit nach Dahl zwei Schwächen auf, die nur durch zusätzliche Annahmen behoben werden können. Das erste Problem ist die Vagheit der Idee. Während sie hilft, bestimmte Verteilungen von Gütern und Rechten sofort als nicht mit ihr vereinbar zurückzuweisen, so bleibt immer noch eine Vielzahl von Verteilungen möglich. So ist eine identische Güterverteilung für alle denkbar, oder eine, die die individuell verschiedenen Bedürfnisse, womöglich noch in ihrer Dringlichkeit und Intensität berücksichtigt. Auch bleibt offen, ob die Güter direkt den Individuen zugeteilt werden sollten, oder ob es genügt, dafür zu sorgen, dass sie mit gleichen Chancen ausgestattet selbst ihre Interessen verfolgen können, wobei diese Unklarheit letztlich auf einem unbestimmten Begriff des menschlichen Interesses basiert. Auch das zweite Problem hat mit diesem Begriff zu tun: Wodurch wird sichergestellt, dass auch jedes Individuum seine eigenen Interessen adäquat und richtig erkennen und beurteilen kann? Ein möglicher Einwand wäre zum Beispiel, dass bestimmte Mitglieder einer Gemeinschaft die Interessen auch der übrigen Mitglieder besser beurteilen können als diese selbst. Dann würde die Idee der Intrinsischen Gleichheit erfordern, dass diese auch die Entscheidungen bezüglich der Verteilung von Gütern und Rechten treffen, ein Wächterstaat wäre also die Lösung (DAHL 1989: 87/88).

Bevor die Annahme der gleichen Qualifikation eingeführt wird, um diesem Einwand zu begegnen, wird der Begriff des Interesses inhaltlich spezifiziert. DAHL identifiziert drei zentrale Dimensionen menschlichen Interesses: die Erreichung maximal möglicher Freiheit, die Entwicklung und Entfaltung menschlicher Fähigkeiten und die Befriedigung „of all the other interests they themselves [die Individuen, Anm. d. Autors] judge to be important“ (DAHL 1989: 88). Demokratie, so die weitere Argumentation, schützt und fördert diese Interessen besser als jede denkbare Alternative. Hervorzuheben, weil erst relativ spät von Dahl in seine Theorie einbezogen,<sup>2</sup> ist die Betonung des intrinsischen Wertes der moralischen Autonomie als Bestandteil eines umfassenden Freiheitsbegriffs, der außerdem die Dimensionen der allgemeinen Freiheit und der Freiheit zur Selbstbestimmung umfasst. Dahl wurde von seinen Kritikern immer wieder vorgeworfen, Demokratie rein instrumentell zu verstehen, als die am besten geeignete Herrschaftsform, um die gegebenen

---

<sup>2</sup> Bezüglich der Diskontinuitäten in der Entwicklung der Dahlschen Demokratietheorie vgl. KROUSE 1982.

Interessen der Bürger zu schützen. Durch die Einbindung von Selbstbestimmung und moralischer Autonomie als zentrale menschliche Bedürfnisse reagiert Dahl auf diese Kritik:

„There is, however, a deeper reason for valuing the freedom to govern oneself, a reason having less to do than these with its usefulness as an instrument to other ends. This is the value of moral autonomy itself. By a morally autonomous person I mean one who decides on his moral principles, and the decisions that significantly depend on them, following a process of reflection, deliberation, scrutiny, and consideration. To be morally autonomous *is* to be self-governing in the domain of morally relevant choices.” (DAHL 1989: 91).

Die Problematik der Zweidimensionalität der politischen Partizipation der Bürger wird im Abschnitt 4.1 ausführlicher diskutiert.

Die erste Schwäche des Prinzips der Intrinsischen Gleichheit, nämlich seine Vagheit aufgrund des zunächst unbestimmten Interessensbegriffs, ist damit behoben, sein Bezug zum demokratischen Prozess wurde verdeutlicht. Dennoch bleibt das zweite Problem ungelöst, nämlich die Frage nach dem besten Interpreten der Interessen der Einzelnen und damit letztlich die Frage, wer regieren soll.

### **3.2. Das *Strong Principle of Equality* und seine Implikationen**

Welche Mitglieder einer Assoziation sind also qualifiziert, die für alle bindenden Entscheidungen zu treffen? Die Idee der Demokratie macht wenig Sinn, geht man nicht davon aus, dass jedes Mitglied einer Gesellschaft, also jeder Bürger, in der Lage ist, sich selbst zu regieren. Dieser einfache Schluss führt Dahl zur Formulierung des *Strong Principle of Equality* (in Abgrenzung zu der schwächeren Idee der Intrinsischen Gleichheit), welches in seiner allgemeinsten Fassung besagt, dass alle Bürger ausreichend qualifiziert sind, um an dem Prozess, in dessen Verlauf für alle bindende Entscheidungen getroffen werden, teilzunehmen (Dahl 1989: 98). Die Gültigkeit dieses Prinzips ist aufs Engste verknüpft mit der Frage nach seiner Reichweite, da es selbst noch keine Aussage darüber enthält, ob alle als Mitglieder/Bürger gelten sollen, oder nur wenige, wie zum Beispiel in der Republik Venedig. Um diese Frage zu beantworten, greift Dahl zum einen auf die Idee der der Intrinsischen Gleichheit sowie auf das sich aus dieser ergebende Prinzip der gleichen Berücksichtigung der Interessen zurück. Wie bereits angedeutet, sagt dieses allerdings noch nichts darüber aus, wer als der beste Interpret dieser Interessen gelten kann und liefert somit kein zwingendes Argument gegen paternalistische Herrschaftsformen. An dieser Stelle führt Dahl das Konzept der Persönlichen Autonomie ein, die zweite Annahme zur Fundierung und Spezifizierung des *Strong Principle*: „In the absence of a compelling

showing to the contrary everyone should be assumed to be the best judge of his or her own good or interest.” (DAHL 1989: 100).

Er weist darauf hin, dass es sich hierbei im Gegensatz zur Intrinsischen Gleichheit nicht um ein moralisches Urteil mit universalem Geltungsanspruch handelt, sondern um eine „rule of prudence“ (ebd. 100). Diese impliziert per definitionem eine gewisse Unbestimmtheit, da sie nicht strikt aus Axiomen oder empirischen Gesetzen abgeleitet wird, sondern sich letztlich auf die unpräzise Quelle menschlicher Erfahrung beruft.<sup>3</sup> Dies hat zur Folge, dass das *Strong Principle* – trotz des seiner höheren Bedeutung geschuldeten Adjektivs – Ausnahmen erlaubt, ja sogar fordert, beispielsweise im Falle von Kindern. Darüber hinaus leidet eine solche Regel – mehr noch als die Idee der Intrinsischen Gleichheit – aufgrund ihrer Kontingenz an einem Mangel an logisch oder empirisch zwangsläufiger Rechtfertigung. Aus diesem Grund zeigt Dahl auf, welche Implikationen eine Ablehnung des Prinzips für die drei bereits genannten Dimensionen menschlichen Interesses hätte: persönliche Interessen, menschliche Entwicklung und Freiheit.

Der gewichtigste Einwand zielt dabei auf den ersten Bereich ab. Nach Dahl setzt eine Ablehnung des *Strong Principle* nicht nur die Annahme voraus, dass ein signifikanter Anteil der Erwachsenen nicht in der Lage oder nicht willens ist, seine persönlichen Interessen zu verstehen, sondern darüber hinaus, dass es paternalistische Autoritäten gibt, die diese Aufgabe an ihrer Stelle übernehmen können. Diese beiden Annahmen sind allerdings wiederum zwei gravierenden Problemen ausgesetzt. Zum einen geht Dahl von einer grundsätzlich benachteiligten Position eines jeden Anderen bei der Beurteilung der Interessen des Selbst aus. Je mehr der Begriff des Interesses dabei auf die unmittelbar-subjektive Wahrnehmung abzielt, desto größer ist der Vorteil des Selbst. Doch selbst wenn sich das Verständnis von Interesse weg von unmittelbaren Präferenzen hin zu den dahinter stehenden Bedürfnissen (*needs*) bewegt, so ist es letztlich unmöglich zu beweisen, dass ein Anspruch eines Anderen auf ein besseres Verständnis der Interessen des Selbst nicht lediglich auf einem anderen Wertesystem basiert, das für das Selbst keine Relevanz besitzt (ebd. 101 f).

Dahl behandelt diese schwierige und stets nur vage zu beantwortende Frage im Bewusstsein eines fundamentalen Problems jeglichen politischen und praktischen Philosophierens: „whether moral judgements can be intellectually justified, and, if so, how“ (ebd. 101). Al-

---

<sup>3</sup> Dahl nennt hier die beiden anfangs erläuterten Idealtypen der Theoriebildung, ohne sie – wie zum Beispiel Sartori – explizit zu thematisieren. Dennoch lässt sich erkennen, dass er Wert darauf legt, nicht als der reine Empiriker gelesen zu werden, als den ihn zum Beispiel Fraenkel bezeichnet.

lerdings hängt nach Dahl der Beweis der Überlegenheit der Demokratie nicht von der Beantwortung dieser Frage ab, er erfordert lediglich die Einsicht, dass sowohl streng axiomatische Deduktion, als auch der Standpunkt, dass jegliches moralische Urteil zwangsläufig kontingent und damit austauschbar sei, in die Irre führen. Auch an dieser Stelle wird Dahls Bemühen deutlich, sich auf einer Art *via media* zu verorten, da er überzeugt ist, dass dem komplexen Phänomen Demokratie mit extremen epistemologischen und ontologischen Positionen nicht beizukommen ist.

Das zweite Argument, das Dahl im Bezug auf persönliche Interessen gegen eine Ablehnung des *Strong Principle* anführt, ist die menschliche Erfahrung, die die Annahme, dass Andere die Interessen des Selbst besser verstehen und interpretieren können, äußerst unrealistisch erscheinen lässt. Als Beispiele nennt er die Sklaverei, die Bevormundung und Unterdrückung der Frauen, sowie der schwarzen Bevölkerung in Amerika bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts und in Südafrika zu Zeiten der Apartheid. Obwohl Demokratie noch keine hinreichende Bedingung für die aus der Intrinsischen Gleichheit abgeleitete gleiche Berücksichtigung aller Interessen darstellt, so scheint sie vor diesem historischen Hintergrund doch zumindest eine notwendige Bedingung zu sein (ebd. 103f).

Auch um den anderen beiden Dimensionen menschlichen Interesses gerecht zu werden, ist nach Dahl ein demokratischer Prozess erforderlich. Obwohl er gewisse Vorbehalte im Bezug auf das empirische Ausmaß der positiven Auswirkungen der Demokratie auf die menschliche Entwicklung – zum Beispiel im Sinne eines gesteigerten Bewusstseins für die sozialen Konsequenzen der eigenen Handlungen – artikuliert, so macht er sich den normativen Kern des Arguments zumindest an dieser Stelle dennoch zu eigen: Ein Volk, das paternalistisch regiert und dem dadurch persönliche Autonomie verwehrt wird, bleibt in seiner Entwicklung im Bezug auf öffentliche Angelegenheiten in einem kindlichen Stadium der Unmündigkeit stecken (ebd. 104 f). Ähnlich verhält es sich mit der allgemeinen Freiheit und ihren zentralen Bestandteilen Selbstbestimmung und moralische Autonomie: Ohne persönliche Autonomie kann in einer Gemeinschaft weder das eine, noch das andere existieren, da die Bürger, die Gesetze, denen sie unterworfen sind, nicht selbst gewählt haben (ebd. 105).

Zusammengefasst in einer Neuformulierung des *Strong Principle* lautet die in den beiden vorangegangenen Abschnitten dargestellte Argumentation in Dahls eigenen Worten folgendermaßen:

„If the good or interest of everyone should be weighed equally, and if each adult person is in general the best judge of his or her good or interest, then *every adult member* of an association is sufficiently well qualified, taken all around, to participate in making binding collective decisions that affect his or her good or interest, that is, to be a *full citizen* of the Demos. [...] Taken as premises, then, the Principle of Equal Consideration of Interests and the Presumption of Personal Autonomy justify our adopting the Strong Principle of Equality.” (ebd. 105, Kursivdruck im Original).

Damit sind die theoretischen Grundlagen gelegt, von denen ausgehend Dahl zum einen die generelle Notwendigkeit einer demokratischen Ordnung und zum anderen die fünf entscheidenden Kriterien für eine solche ableitet.

### **3.3. Zur Notwendigkeit einer demokratischen Ordnung**

Bei der Rechtfertigung der Notwendigkeit zunächst irgendeiner, später einer demokratischen Ordnung, distanziert sich Dahl explizit von vertragstheoretischen Ansätzen, wie sie seit Locke in der politischen Philosophie sehr verbreitet sind.

Er geht von einer beliebigen historischen Situation aus, in der sich eine Anzahl von Individuen anschickt, eine Assoziation zu gründen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Damit letzteres gelingen kann, müssen bestimmte Politiken angenommen werden, also Entscheidungen getroffen werden. Da diese befolgt werden müssen, um die Ziele zu erreichen, handelt es sich um bindende Entscheidungen. Der Entscheidungsprozess muss dabei einer analytischen Trennung unterzogen werden; unterschieden werden die Phase der Agendasetzung und die Phase der Entscheidung über das Ergebnis („*outcome*“). Auf der ersten Stufe geht es um die Auswahl der Themen, über die entschieden werden soll. Bis zum Abschluss der zweiten Phase ist das Ergebnis des Entscheidungsprozesses offen (DAHL 1989: 106 f).

Im zweiten Argumentationsschritt wird unter Berufung auf ein allgemeines Prinzip der Fairness sowie auf das Prinzip der Selbstbestimmung die Forderung eingeführt, dass Gesetze nur von Mitgliedern der Assoziation erlassen werden können, also nur von Bürgern, die auch selbst den Gesetzen unterworfen sind. Aufgrund der Intrinsic Gleichheit aller Mitglieder, müssen die Interessen aller Mitglieder gleich berücksichtigt werden. Da nach der Annahme der Persönlichen Autonomie jeder Erwachsene (solange nicht eindeutig das Gegenteil bewiesen ist) seine eigenen Interessen am besten kennt, müssen alle erwachsenen Mitglieder der Assoziation als Bürger gelten, die in ihrer Gesamtheit als *Demos* bezeichnet werden (ebd. 107 f). Somit gilt also das *Strong Principle* unter allen Bürgern. Damit aber

ist auch die Notwendigkeit eines demokratischen Prozesses erwiesen, da das *Strong Principle* ja besagt, dass die Bürger sich selbst regieren können und sollen.

Gelten nun diese Annahmen innerhalb der betrachteten Gruppe von Individuen, so ist es also erforderlich, dass die zu gründende Assoziation den Kriterien für einen demokratischen Prozess entspricht. Im Folgenden werden diese genannt und in ihrem Zusammenhang mit den vorausgehenden Annahmen kurz erläutert.

### 3.4. Die fünf Kriterien für eine Demokratie

Als erstes und unmittelbar einsichtiges Kriterium wird die **effektive Partizipation** aller Bürger angeführt (DAHL 1989: 109). Während des gesamten Entscheidungsprozesses müssen sie gleichen Möglichkeiten haben, ihre Präferenzen bezüglich der Ergebnisse zu artikulieren und zu begründen. Diese Forderung ergibt sich direkt aus den beiden zentralen Annahmen Dahls: Alle Interessen müssen gleich berücksichtigt werden (Intrinsische Gleichheit), dies ist aber nur möglich, wenn sie auch von jedem Individuum selbst bekannt gemacht werden, da sonst ein adäquates Verständnis dieser Interessen nicht gewährleistet ist (Persönliche Autonomie).

Analog läuft die Begründung für das zweite Kriterium, der **gleichen Gewichtung der Stimmen in der Entscheidungsphase** (ebd. 109 ff). Hierbei legt Dahl vor allem Wert darauf, dass dieses Kriterium trotz seiner starken Implikationen zentrale verfahrenstechnische Fragen offen lässt, so zum Beispiel das Wahl- oder Abstimmungssystem oder die Frage, ob ein Mehrheitssystem oder andere denkbare Alternativen, wie zum Beispiel Einstimmigkeit, am besten für einen demokratischen Prozess geeignet sind<sup>4</sup>. Eine Assoziation, die den ersten beiden Kriterien gerecht wird, wird nach Dahl durch einen demokratischen Prozess *im engeren Sinn* regiert (ebd. 110).

Das dritte Kriterium ist äußerst umstritten und war, anders als die übrigen, in Dahls früheren Schriften noch nicht enthalten<sup>5</sup>. Dahl zollt damit einem Einwand Tribut, den er in einer stärkeren Formulierung bereits durch die Annahme der Persönlichen Autonomie zurückgewiesen hat. Diese Autonomie wird von dem reformulierten Einwand akzeptiert, allerdings wird darauf hingewiesen, dass Individuen, selbst wenn sie als einzige einen adäquaten Zu-

---

<sup>4</sup> Dahl beschäftigt sich in einem späteren Kapitel ausführlich mit dem Thema der Mehrheitsherrschaft, deren Mängel er für gravierend hält. Da die Mängel der denkbaren Alternativen noch schwerwiegender ausfallen, kann eine Antwort auf die Frage, welche Entscheidungsregel eine Assoziation annehmen soll, nur nach genauer Überprüfung der konkreten Umstände gegeben werden (DAHL 1989: 153 ff).

<sup>5</sup> Erstmals formuliert hat Dahl das Kriterium des *enlightened understanding* 1979 in „*Procedural Democracy*“, in Peter Laslett und James Fishkin (Hrsg.); *Philosophy, Politics, and Society*; New Haven: Yale University Press.

gang zu ihren eigenen Interessen haben, diese dennoch nur in dem Maße verstehen und interpretieren, sowie die geeigneten Mittel zu ihrer Erreichung auswählen können, wie sie aufgeklärt sind. Aus diesem Grund führt Dahl das Kriterium des *enlightened understanding* ein: „Each citizen ought to have adequate and equal opportunities for discovering and validating (within the time permitted by the need for a decision) the choice on the matter to be decided that would best serve the citizen’s interest“ (ebd. 112). Dieses Kriterium lässt sich offensichtlich nicht so unmittelbar aus den vorangegangenen Annahmen ableiten, es ist deshalb weniger präzise und lässt kaum konkrete Folgerungen im Bezug auf das Design der Institutionen einer Demokratie zu. Eine tiefergehende Problematik, die sich im Zusammenhang mit diesem Kriterium ergibt, wird im nächsten Abschnitt erörtert. Wichtig für die momentane Argumentation ist, dass eine Assoziation, die die bisherigen drei Anforderungen erfüllt, als *vollständig* prozedurale Demokratie gelten kann, allerdings lediglich im Hinblick auf ihre Agenda sowie in Beziehung zu ihrem Demos.

Die erste dieser beiden Einschränkungen wird durch ein viertes Kriterium, nämlich das der **Kontrolle der Agenda**, aufgehoben. Auch dieses ergibt sich problemlos aus den getroffenen Annahmen, da die bisherigen drei Kriterien einer massiven Beschneidung der Angelegenheiten, über die die Bürger nach demokratischen Regeln entscheiden können, nichts entgegenzusetzen hätten, wodurch offensichtlich sowohl die gleiche Berücksichtigung aller Interessen als auch das Prinzip der Persönlichen Autonomie ausgehebelt wäre.

Dem letzten Punkt widmet Dahl ein eigenes Kapitel, es handelt sich um das Kriterium der **Inklusion**. Eine Assoziation, die die vier bisher genannten Kriterien erfüllt, ist lediglich vollständig demokratisch im Verhältnis zu ihrem Demos. Die Frage, ob alle, die meisten, oder nur wenige Mitglieder als Bürger gelten sollen, ist bisher noch nicht geklärt. Dahl kritisiert zwei bekannte Lösungsansätze für dieses Problem. Zum einen Schumpeters Standpunkt, wonach die Zahl derer, die vom Demos ausgeschlossen werden, irrelevant ist und lediglich das Einverständnis der Exkludierten zählt, mit dem vor allem dann zu rechnen ist, wenn der Prozess, in dem Entscheidungen (von den Inkludierten) getroffen werden, demokratischen Anforderungen genügt. Demnach, so Dahl, könnte sogar die Sowjetunion als Demokratie gelten, würde das Politbüro nach demokratischen Regeln entscheiden. Der zweite Ansatz betrachtet das Bürgerrecht als ein kategorisches Recht. Vertreter dieses Ansatzes, in erster Linie Locke und Rousseau, gehen von der Annahme aus, dass niemand ohne seine Zustimmung regiert werden sollte. Allerdings vertritt keiner von beiden ernsthaft die Konsequenzen dieser Überzeugung, vielmehr lassen beide weit reichende

Einschränkungen des Demos zu. Dahl verwirft deshalb auch diese Alternative, da vor allem im Hinblick auf Kinder und erwachsene, aber unmündige Mitglieder die Kompetenz der Individuen zur Partizipation in irgendeiner Weise berücksichtigt werden muss. So ergibt sich die Formulierung, die die maximal mögliche Anzahl an Mitgliedern der Assoziation als Bürger betrachtet: „The demos must include all adult members of the association except transients and persons proved to be mentally defective“ (ebd. 129).

Jedes dieser fünf Kriterien ist nach Dahl unabdingbar, um die in 3.1 und 3.2 erläuterten Annahmen und Prinzipien in einem politischen Prozess aufrechtzuerhalten. In anderen Worten: In dem Maße, in dem eines oder mehrere Kriterien nicht erfüllt werden, wird die Gleichheit der Mitglieder des Demos verletzt.

Die Darstellung der Argumentation zur Rechtfertigung sowie der Formulierung der fünf Dahlschen Kriterien für eine Demokratie ist damit abgeschlossen. Die für eine Polyarchie erforderlichen Institutionen stehen in einem engen Zusammenhang mit diesem Konzept, sie können allerdings im Rahmen dieser Arbeit nicht mehr behandelt werden. Im Folgenden sollen stattdessen zwei grundsätzliche Kritikpunkte an der Demokratietheorie Dahls untersucht werden. Zum einen die Probleme, die sich aus der größtenteils instrumentellen Auffassung demokratischer Partizipation bei Dahl ergeben, zum anderen der Vorwurf des Konservatismus, der mit der Unterscheidung zwischen Demokratie und Polyarchie zusammenhängt.

## **4. Kritische Aspekte der Demokratiekonzeption Dahls**

### **4.1. Die mangelnde Berücksichtigung der Zweidimensionalität der Demokratie**

Wie bereits bei der Darstellung der wichtigsten Dimensionen menschlicher Interessen deutlich wurde, besteht der Vorteil der Demokratie bei Dahl in erster Linie darin, die Berücksichtigung beziehungsweise den Schutz dieser Interessen im Vergleich mit anderen Regierungsformen am besten zu gewährleisten. Ein zentraler Vorwurf der Kritiker zielt deshalb auf die mangelnde Einbeziehung der Auswirkungen einer Demokratie auf die Gesellschaft ab, oder genauer: auf die einzelnen Individuen, auf ihre moralische und geistige Entwicklung. Dieses Argument, das letztlich auf John S. Mill zurückgeht, betrachtet die Förderung dieser Entwicklung als das höchste Ziel einer jeden politischen Ordnung. MILL geht von der Annahme aus, dass ein vollkommen wohlwollender Diktator die Interessen und Ziele der Bürger effektiver und umfassender verwirklichen könnte als jede Demokratie.

Dennoch, und hierin liegt die entscheidende Bedeutung der Idee von der moralischen Autonomie als oberstem Ziel, wäre ein solches System nicht erstrebenswert, in den Worten Mills hätte man es zu tun mit: „One man of superhuman energy managing the entire affairs of a mentally passive people. [...] The nation as a whole, and every individual composing it, are without any voices in their own destiny. They exercise no will in respect to their own collective interests“ (*Considerations on Representative Government*, zit. nach KROUSE 1979). Dahl selbst zitiert Mill bei der Behandlung der Interessensdimension „menschliche Entwicklung“: „the most important point of excellence which any form of government can possess is to promote the virtue and intelligence of the people themselves“ (*Considerations on Representative Government*, zit. nach DAHL 1989: 92). Dennoch scheint Dahl hier sehr darauf zu achten, diesem Argument nicht allzu viel Gewicht zu verleihen. Der Grund für diese Vorsicht seien die großen Schwierigkeiten, die sich bei der empirischen Fundierung der These ergeben, dass Demokratie Eigenschaften wie Selbstwertgefühl, Toleranz und Bewusstsein für das Gemeinwohl tatsächlich fördert.

Lässt man die *empirischen* Verifikationsprobleme beiseite, so führt die Vernachlässigung der Auswirkungen der Demokratie innerhalb der von Dahl selbst durchgeführten *theoretischen* Argumentation zu Widersprüchlichkeiten. Nach dieser ist politische Partizipation in erster Linie deshalb wünschenswert, weil sie die das Gemeinwohl<sup>6</sup> im Sinne der Bürger maximiert. Diese Aussage ergibt sich stringent aus den oben erläuterten Annahmen, dennoch führt sie zu Problemen, sobald nach dem trade-off gefragt wird, der zwischen Partizipation auf der einen und Expertenkompetenz und Wirtschaftlichkeit auf der anderen Seite besteht (vgl. KROUSE 1982). Wenn Partizipation Zeit und Anstrengung erfordert, und wenn es Experten gibt, denen aufgrund ihrer überlegenen Kompetenz in demokratischen Verfahren eine Vielzahl von Aufgaben übertragen werden kann, wo liegt dann das ideale Maß an Partizipation? Der Verdacht liegt nahe, dass Dahl damit eines seiner eigenen zentralen Anliegen untergräbt, nämlich die Verteidigung der Demokratie gegen technokratische Herrschaftsformen, deren Legitimation allein auf dem Output des Systems basiert.

Bachrach formuliert das Problem folgendermaßen: „Dahl fails to conceive of political participation as two-dimensionally: as an instrumentality to gain end results and as a process that affords the opportunity to gain a greater sense of purpose and pride and a greater awareness of opportunity“ (*Interest, Participation, and Democratic Theory*; zit.

---

<sup>6</sup> Der Begriff des Gemeinwohls ist in der politischen Theorie spätestens seit Rousseau höchst umstritten. Er wird hier verwendet, um die von Dahl dargestellten Interessen der Individuen zusammenzufassen. Zur Bedeutung des Begriffs in pluralistischen Theorien vgl. FRAENKEL, 1991, S.197 ff.

nach KROUSE 1982: 455). Indem er sich auf eine instrumentelle Auffassung politischer Partizipation beschränkt, fehlt Dahl diese zweite Dimension, was eine verengte theoretische Perspektive zur Folge hat. Die zunehmende Betonung der Bedeutung demokratischer Partizipation in Dahls Denken ab 1970 ist somit anfällig für Kritik, die die instrumentelle Überlegenheit stärker partizipatorischer Polyarchien in Frage stellt. Könnte also beispielsweise für die USA gezeigt werden, dass es für die Erreichung der Ziele der Bürger effektiver wäre, bestimmte politische Aufgaben aus dem demokratischen Prozess herauszunehmen, so hätte Dahls Theorie dem – außer einem Verweis auf die grundsätzliche Gültigkeit des *Strong Principle* – wenig entgegenzusetzen.

Mit der Entwicklung des Kriteriums des *enlightened understanding* hat Dahl scheinbar auf derartige Kritik reagiert. Demnach ist eine politische Ordnung dann einer anderen vorzuziehen, und damit demokratischer, wenn sie unter den Bürgern das Verständnis für die zur Debatte stehenden Alternativen fördert. Allerdings bedeutet dieses dritte Kriterium keineswegs eine Öffnung der Theorie für die von Bachrach beschriebene zweite Dimension politischer Partizipation. Seine Rolle besteht vielmehr in erster Linie darin, Partizipation in der Instrumentalitäts-Dimension zu rechtfertigen und gegen die an dieser Stelle ansetzenden Vorwürfe abzusichern. Implizit enthält das Kriterium des *enlightened understanding* aber die Einsicht, dass die Wünschbarkeit von Demokratie in engem Zusammenhang steht mit der Aufgeklärtheit der Bürger. Dass eine Assoziation, in der sich die Mitglieder selbst regieren, ihre Ziele umso besser erreicht, je besser die Bürger über diese Ziele und die zur Debatte stehenden Mittel zu ihrer Erreichung informiert sind, ist kaum zu bezweifeln. So enthält das dritte Kriterium zwar starke normative Implikationen, da es hohe Anforderungen an einen demokratischen Prozess stellt, zu einer umfassenderen Rechtfertigung der Demokratie trägt es jedoch nicht bei. Vielmehr scheint das darin enthaltene Zugeständnis die Theorie noch verwundbarer für Kritik zu machen, die die Bedeutung von Kompetenz und Wirtschaftlichkeit betont und die instrumentelle Effizienz der Partizipation bezweifelt.<sup>7</sup>

#### **4.2. Revisionismus und Normativität**

Der zweite Kritikpunkt bezieht sich auf die Unterscheidung zwischen Demokratie und Polyarchie, also zwischen einer normativen und einer deskriptiven Herangehensweise an die

---

<sup>7</sup> Es sei an dieser Stelle betont, dass Dahl gute Gründe hat für seine Skepsis bezüglich der Rückwirkungsaspekte politischer Partizipation. Sein Anthropologie, die eher von einem *homo civicus* als von einem *homo politicus* ausgeht (vgl. KROUSE 1982: 455 f), beruht eher auf empirischen Untersuchungen, und weniger auf philosophischen Überzeugungen. Die Kritik ergibt sich jedoch unabhängig von der Frage der empirischen Gültigkeit, da sie auf die logische Konsistenz der theoretischen Rechtfertigung abzielt.

Demokratie. Die Notwendigkeit für diese Trennung erwächst aus der Unüberbrückbarkeit der Lücke zwischen einem demokratischen Ideal und der politischen Wirklichkeit in Staaten, die wir mit Dahl als Polyarchien bezeichnen. Sartori macht darauf aufmerksam, dass sich trotz der radikalen Veränderungen, die mit der Wiederentdeckung der Demokratie einhergingen, die Ideale der Demokratie gegenüber dem 4. Jahrhundert v. Chr. kaum verändert haben. Dies gehe soweit, dass die direktdemokratischen Ideen der Antike dem heute vorherrschenden, der Ausweitung der Demokratie auf den Nationalstaat geschuldeten Repräsentationssystem skeptisch bis feindlich gegenüberstehen (SARTORI 1991: 175). Sicherlich wäre es falsch, jegliche Entwicklung der normativen Vorstellungen von Demokratie hin zum Prinzip der Repräsentation zu bestreiten, die Betonung der Beharrungskraft direktdemokratischer Ideale durch Sartori ist jedoch durchaus berechtigt.

Dahl ist sich der Diskontinuitäten in der Geschichte der Demokratie bewusst und entwirft in klarer Abgrenzung zur weitgehend exklusiven attischen Demokratie einen normativen Demokratiebegriff, dessen zentrale Bezugspunkte die Gleichheit der Individuen und ihre universelle Inklusion sind. Während diese Aspekte auf die horizontale Dimension der Demokratie abzielen, fehlt eine normative Aussage im Bezug auf die vertikale Dimension der Repräsentation. Um diesem Mangel zu begegnen, schlägt Sartori – ohne sich dabei auf Dahl zu beziehen – vor, dass „die Demokratie a) eine selektive Polyarchie und b) eine Verdienst-Polyarchie sein sollte.“ (SARTORI 1991: 182). Im Hinblick auf die normative Komponente seiner Theorie lässt Dahl also eine genauere Vorstellung vom Wesen der politischen Repräsentation vermissen.

Dies wird dann zum Problem, wenn man einen anderen Strang der Kritik aufnimmt: der Vorwurf des Revisionismus beziehungsweise Konservativismus, mit dem empirische Theoretiker im Allgemeinen, und Dahl im Besonderen immer wieder konfrontiert wurden. Besonders fundiert wird diese Kritik von Quentin Skinner vorgetragen (SKINNER 1973), wobei berücksichtigt werden muss, dass sie sich auf Dahls frühere Arbeiten bezieht, vor allem auf sein Buch „*Vorwort zu Demokratietheorie*“. Im Kern beanstandet das Argument die Konstruktion eines operativen Demokratiebegriffs, also die Herleitung der Merkmale beziehungsweise Institutionen der Polyarchie aus bestehenden politischen Systemen und die anschließende implizite Gleichsetzung mit dem normativen Demokratiebegriff. Diese wird dadurch ermöglicht, dass einer realen Polyarchie, zum Beispiel den USA, zugestanden wird, die beiden zentralen Anforderungen an eine Demokratie zu erfüllen: freie und regelmäßige Wahlen sowie kontinuierlicher Wettbewerb um die Stimmen der Wähler. Vor

diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, dass die von Dahl für seine Theorie beanspruchte normative Komponente, nämlich die Ausweitung der politischen Gleichheit der Bürger und der Volkssouveränität, im Vorwort zur Demokratietheorie kaum zur Sprache kommt, gelangt Krouse zu folgendem Schluss: „Dahl’s empirical theory of polyarchy has become his normative theory of democracy“ (KROUSE 1982: 446). Durch diese implizite Gleichsetzung sieht sich Dahl des Weiteren mit dem Vorwurf konfrontiert, zentrale Kritikpunkte am politischen System der USA, namentlich die Vorwürfe des Elitismus sowie der Oligarchie zu unterdrücken, indem er sich des linguistischen „Tricks“ bedient, das System als Demokratie zu bezeichnen, und durch diesen Benennungsakt Missstände wie Elitismus und Oligarchie zu leugnen (vgl. SKINNER 1982: 301 ff). Der festgestellte Mangel an klaren normativen Vorstellungen im Bezug auf die vertikale Dimension lässt sich in Verbindung mit dieser Kritik zu dem Verdacht steigern, Dahl sähe im Repräsentationsprinzip moderner Demokratien vor allem eine Möglichkeit, traditionellen Eliten durch demokratische Verfahren verschleierte Privilegien zu sichern.

## 5. Schlussbemerkung

So elaboriert diese Kritik auch sein mag, ihre Anwendbarkeit ist in Anbetracht der jüngeren Entwicklungen in Dahls Denken zumindest als eingeschränkt zu erachten. Während die Gründe für die Aufnahme des Kriteriums des *enlightened understanding* im Abschnitt 4.1 zumindest unklar blieben, so kann die Einbeziehung des zweiten Kritikpunktes vielleicht zu einem besseren Verständnis hierfür beitragen. Denn eines kann als sicher gelten: Das dritte Kriterium bewirkt eine klarere Abgrenzung zwischen Polyarchien und dem Ideal der Demokratie, worauf Dahl explizit im Hinblick auf die verschiedenen denkbaren Verfahren, die den Bürgern die Möglichkeit zur Information geben sollen, hinweist: „a great many political systems – perhaps most – operate according to the worse not the better procedures.“ (DAHL 1989: 112). Auch das extrem weit gefasste fünfte Kriterium der Inklusion bewirkt eine klare Abgrenzung, sind doch in den meisten Polyarchien Menschen mit dauerhaftem und langjährigem Wohnsitz im Inland, aber ohne Staatsbürgerschaft, von der Wahl ausgeschlossen, obwohl sie den Gesetzen des Staates wie alle anderen unterworfen sind.

Eher noch gewichtiger scheint hingegen vor dem Hintergrund jüngerer historischer Entwicklungen die Kritik geworden zu sein, die auf die mangelnde Berücksichtigung der zweiten Dimension politischer Partizipation bei Dahl abstellt. Vor allem das Beispiel der

Europäischen Integration zeigt, dass sich ein politisches System auf supranationaler Ebene ganz besonders mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit und Wünschbarkeit politischer Partizipation durch die Bürger konfrontiert sieht. Die EU wird häufig als zu technokratisch und bürokratisch bezeichnet, und es liegt nahe, die Skepsis vieler Bürger, die sich zuletzt überdeutlich in der Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und Holland manifestierte, als Angst vor einer Entmündigung durch eine weitgehend unabhängig von direkten Einflussmöglichkeiten im Sinne von Wahlen operierende Organisation zu interpretieren. Demnach wäre von oberster Priorität für Europa, sich ein Urteil über die Bedeutung der rückwirkenden Dimension der Partizipation zu bilden und dann gegebenenfalls Schritte einzuleiten, um diese Dimension zu stärken.

Auch für das allorts beklagte Problem der sogenannten Politikverdrossenheit besitzt diese Frage große Relevanz. Denn ist es in diesem Zusammenhang nicht letztlich gleichgültig, ob ein Volk autoritär regiert wird, und de facto keine Partizipationsmöglichkeiten besitzt, oder ob es eine demokratische Regierung besitzt und nur glaubt, keinen Einfluss ausüben zu können? Die Gültigkeit einer gewissen positiven Wirkung politischer Partizipation auf die menschliche Entwicklung vorausgesetzt, wäre das Resultat zumindest ähnlich, nämlich ein Rückgang von Fähigkeiten wie moralischer Autonomie, Selbstvertrauen und Bewusstsein für das Allgemeinwohl. In diesem Falle wäre auch hier ein Nachdenken über das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern erforderlich, um den *circulus vitiosus* aus geringerer effektiver Partizipation und geringerem Interesse für Angelegenheiten des Gemeinwohls zu durchbrechen.

Im Hinblick auf die eingangs angedeuteten internationalen Probleme der Demokratisierung und des Umgangs mit nicht-demokratischen Regimen stellt sich letztlich immer die Frage nach der Universalität der demokratischen Idee. Hier sollte zunächst eine Unterscheidung getroffen zwischen den in der Analyse realer demokratischer Systeme herausgearbeiteten Institutionen der Polyarchie und der normativen Argumentation, die uns zu einem vollständig demokratischen Prozess führt. Während die Übertragbarkeit des westlichen Institutionensystems auf Länder anderer Kulturkreise Gegenstand intensiver Debatten ist (vgl. MERKEL, u.a. 2003: 62-44), scheint Dahls theoretische Rechtfertigung der Demokratie implizit einen klaren Anspruch auf Universalität zu beanspruchen. In der Tat ist es schwer begründbar, die Annahmen der Intrinsischen Gleichheit und des *Strong Principle* mit dem Verweis auf kulturelle Verschiedenheiten, zum Beispiel in islamischen Ländern, zurückzuweisen, ohne sich eines unbegründeten „methodologischen kulturellen Relativismus“

(MERKEL, u.a. 2003: 63) schuldig zu machen. Und akzeptiert man diese Rechtfertigung, so ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Überzeugung, dass die moderne, rechtsstaatliche und liberale Demokratie die einzige Herrschaftsform darstellt, die in der Lage ist, die Rechte und Interessen aller Individuen zu schützen.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass die theoretischen Probleme, um die diese Arbeit kreist, durchaus von großer Bedeutung für die aktuelle demokratische Wirklichkeit sind. Andere, eher auf die politische Praxis gerichtete Kritikpunkte an Dahls Theorie wurden hier bewusst nicht behandelt, da sie sich eher auf das Konzept der Polyarchie und ihre Institutionen beziehen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang vor allem die geringe Bedeutung, die Dahl der konstitutionellen Ordnung eines Staates beimisst (vgl. BAILEY/BRAYBROOKE 2003: 113) oder auch die geringe Betonung der Rechtsstaatlichkeit. Generell gilt jedoch, dass es Robert A. Dahl in den langen Jahren seines Wirkens gelungen ist, sich große Anerkennung zu verschaffen und dass sein Denken in einem für die Politikwissenschaft ungewöhnlichen Ausmaß zum common sense geworden ist.

## Literaturverzeichnis

- BAILEY, MICHAEL / BRAYBROOKE, DAVID (2003): "Robert A. Dahl's philosophy of democracy, exhibited in his essays", in: *Annual Review of Political Science*, 6: S.99-118
- DAHL, ROBERT A. (1956): „*Vorstufen zur Demokratietheorie*“, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
- DAHL, ROBERT A. (1971): "*Polyarchy. Participation and Opposition*", New Haven/London: Yale University Press
- DAHL, ROBERT A. (1989): "*Democracy and its Critics*", New Haven/London: Yale University Press
- DAHL, ROBERT A. (1986): "*Democracy, Liberty and Equality*", Oslo: Norwegian University Press
- FABBRINI, SERGIO (2003): "*Bringing Robert A. Dahls theory of democracy to Europe*", in: *Annual Review of Political Science*, 6: S.119-137
- FRAENKEL, ERNST (1991): "*Deutschland und die westlichen Demokratien*", Frankfurt am Main: Suhrkamp
- KROUSE, RICHARD W. (1982): „*Polyarchy and Participation: The Changing Democratic Theory of Robert Dahl*“, in: *Polity*, Vol. 14, No. 3, Spring 1982: S. 441-463
- MERKEL, WOLFGANG/ U.A. (2003): "*Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*", Opladen: Leske + Budrich
- SARTORI, GIOVANNI (1992): „*Demokratietheorie*“, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- SCHMIDT, MANFRED G. (2000): „*Demokratietheorien. Eine Einführung.*“, Stuttgart: UTB
- SKINNER, QUENTIN (1973): „*The empirical theorists of democracy and their critics: a plague on both their houses*“, in: *Political Theory*, Vol. 1 No. 3, August 1973: S.287-305